Niederschrift

9. Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.06.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Dr. Christopher Schmidt	
Frau Ursula Schwarz	
Frau Annette Glage	
Frau Ute Algier	
Herr Christian Mann	
Frau Constanze Rode	
Frau Ulla Lange	
Frau Caerstin Hunger	ab 18:10 Uhr
Herr Rolf-Dieter Pahl	
Herr Heino Dittmayer	
Herr Christian Waldheim	ab 18:05 Uhr
Herr Toni Köppen	Vertretung für: Herrn Tim Schnoor
Herr Hans-Georg Becker	
Frau Brigitte Osterloh	Vertretung für: Herrn Rainer Jochens
Herr Hans Jeenicke Kreisseniorenbeirat	
Frau Doris Grote	
Frau Silke Brandt	
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin	
Herr Holger Pohlmann	
Frau Miriam Raad	
Herr Oliver Weber	
Frau Jutta Altenhöner Behindertenbeauftragte	
Herr Knapp Geschäftsführer Jobcenter Kreis Segeberg	
Herr Tönjes Jobcenter Kreis Segeberg	
Herr Stühmer KAST e. V.	
Frau Löhmann FBL Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit	

Herr Giesecke FDL Grundsatz- und Koordinierungsangelegenheiten Soziales und Integration
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte
Frau Martens Grundsatz- u. Koordinierungsangelegenheiten Soziales u. Integration
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:
Herr Tim Schnoor -
Herr Rainer Jochens -

Tagesordnung:

(öffentlich)

1 Einwohnerfragestunde I

2 Formalien

2.1 Genehmigung der Tagesordnung

2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.05.2019

3 Berichte

3.1 Bericht des Jobcenters

3.2 Bericht des Trägers KAST e. V. über das Projekt "Täterarbeit"

4 Beratung und/oder Beschlussfassung

4.1 Aufbau einer Koordinierungsstelle für die Ehrenamtsstärkung im Kreis Segeberg - Verbundprojekt "Hauptamt stärkt Ehrenamt"
hier: Antragstellung
Vorlage: DrS/2019/098

4.2 Kinderbetreuung im Rahmen eines Integrationskurses in Levo-Park - Übernahme der Mietkosten
Vorlage: DrS/2019/012-1

4.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen
Vorlage: DrS/2018/199-2

4.4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD im Segeberger Kreistag: Fairtrade-Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/139

(nichtöffentlich)

5 Beratung und/oder Beschlussfassung II

5.1 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung sozialer Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge;
hier: Schuldnerberatung
Vorlage: DrS/2019/135

5.2 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung sozialer Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge;
hier: a) Wohnungsnotlagenberatung und Wohnkompetenztraining
b) Wohnungsakquise für Menschen mit Migrationshintergrund
Vorlage: DrS/2019/134

5.3 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge
hier: Front Offices an den Standorten Bad Bramstedt und Kaltenkirchen
Vorlage: DrS/2019/113

(öffentlich)

6 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

7 Berichte der Verwaltung

7.1 Schlüsselkennzahlenbericht I/2019
Vorlage: DrS/2019/086

7.2 Ergebnisse aus Jugend im Kreistag
Vorlage: DrS/2019/099

8 Verschiedenes

8.1 Informationen und Anfragen

8.2 Anregungen für die nächste Sitzung

9 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:
Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.
Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Glage beantragt die Absetzung des TOP 4.1 und verweist auf die schriftliche Begründung, die allen Fraktionsvorsitzenden zugegangen sei. Frau Schwarz teilt mit, dass seitens der SPD beantragt werde, den TOP auf der Tagesordnung zu belassen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der CDU abstimmen, den TOP 4.1 von der Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt
Zustimmung: 4 Ablehnung: 6 Enthaltung: -

Herr Köppen beantragt außerdem, den TOP 4.4 von der Tagesordnung abzusetzen, weil er den Sozialausschuss nicht für den zuständigen Ausschuss halte. Der HA könne den Antrag zur Beratung in den UNK und/oder WRI verweisen. Herr Pahl und Herr Dr. Schmidt teilen mit, dass der Antrag auch soziale Themen betreffe und somit im Sozialausschuss beraten werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich
Zustimmung: 6 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, dass TOP 5.1, 5.2 und 5.3 nichtöffentlich beraten werden.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.05.2019

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

zu 3 Berichte

zu 3.1 Bericht des Jobcenters

Herr Knapp erläutert den Bericht des Jobcenters, dieser war der Einladung zur Sitzung als Anlage beigefügt. Eine Frage von Frau Osterloh beantwortet Herr Tönjes

damit, dass es bisher nur wenige Abbrüche der Arbeitsverhältnisse gebe und der Förderzeitraum zwei bzw. fünf Jahre lang sei. Weiter erklärt er, dass es ca. 10.000 Anspruchsberechtigte für dieses Projekt gebe, aber nur ein kleiner Teil für das Projekt in Frage kämen, da viele zunächst auf eine Arbeitsaufnahme vorbereitet werden müssten.

zu 3.2 Bericht des Trägers KAST e. V. über das Projekt "Täterarbeit"

Herr Stühmer erklärt eingehend die Arbeit des Vereins KAST e. V. und erläutert, dass die meisten Teilnehmer nach Abschluss eines Strafverfahrens durch die Staatsanwaltschaft zugewiesen würden. Weiter gebe es vorverlagerte Zuweisungen durch die Polizei nach Einsätzen im häuslichen Bereich sowie freiwillige Teilnahmen. Herr Stühmer weist weiter darauf hin, dass auch die Jugendämter angesprochen worden seien, Teilnehmer zu benennen. Hiervon sei bisher kein Gebrauch gemacht worden. Frau Löhmann sagt zu, die Jugendamtsleitung anzusprechen.

Herr Jeenicke fragt nach, ob auch Präventionsworkshops angeboten werden würden. Herr Stühmer teilt mit, dass es schwer sei, Männer vorbeugend in Beratungen zu bekommen, da dies für viele Männer bedeute, Schwäche zu zeigen. Dennoch sei Präventionsarbeit ein sehr wichtiges Thema.

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Aufbau einer Koordinierungsstelle für die Ehrenamtsstärkung im Kreis Segeberg - Verbundprojekt "Hauptamt stärkt Ehrenamt" hier: Antragstellung Vorlage: DrS/2019/098

Herr Giesecke erklärt, dass bundesweit 58 Anträge, davon 5 aus Schleswig-Holstein, beim Deutschen Landkreistag eingegangen seien. Entgegen der Verwendung des Begriffs „Fehlbetragszuweisung" können grundsätzlich auch Kreise eine Förderung erhalten, die nicht finanzschwach im haushaltsrechtlichen Sinn sind.

Sollte der Kreis Segeberg eine Förderung erhalten, ist sowohl eine „finanzielle" Förderung (z. B. Erstattung von Beinzinkosten) als auch eine „ideelle" Förderung (z. B. durch Aufbau eines Netzwerkes oder Unterstützung bei der Suche nach ehrenamtlich tätigen Personen) möglich. Frau Martens ergänzt, dass das Ehrenamt eine sehr wichtige Säule der Gesellschaft sei. Die Nachwuchsförderung müsse vorangetrieben werden, damit auch künftig genügend Ehrenamtliche zur Verfügung stünden. Hierfür sei eine hauptamtliche Koordination unerlässlich, da Vereine und Verbände allein dies nicht leisten könnten. Es müssten z. B. Bedarfe ermittelt und zusammengetragen oder Ehrenamtsmessen organisiert werden.

Herr Mann bemängelt, dass die Vorlage erneut auf der Tagesordnung stehe, obwohl es keine neuen Sachverhalte oder Erkenntnisse gebe. Weiter ergebe sich aus der Vorlage nicht, dass es sich um ein zweistufiges Verfahren handele, bei dem zunächst seine Projektskizze vorgelegt werden müsse und anschließend entschieden werde, wer einen Antrag stellen dürfe. Herr Giesecke erklärt, dass das Wort „Antrag" nicht korrekt gewählt worden sei und es besser „Interessenbekundung" heißen müsste. Frau Löhmann klärt auf, dass die Frist für die Einreichung der Projektskizze vor dem letzten Sozialausschuss endete und deshalb fristwahrend bereits

eine Skizze eingereicht worden sei. Sollte der Kreis Segeberg aufgefordert werden, einen Antrag einzureichen, würde dieser vorab dem Sozialausschuss zur Abstimmung vorgelegt werden.

Frau Lange verweist auf die Kriterien für die Förderung, wonach kein Stammpersonal finanziert werde. Die Stelle sei aber bereits vorhanden und besetzt. Herr Giesecke führt aus, dass die Aufgabe Freiwilligenmanagement in der Flüchtlingshilfe lediglich bis 31.08.2019 vom Land gefördert werde. Künftig solle auf dieser Stelle die Koordinierung des gesamten Ehrenamtes erfolgen, so dass es sich um eine Aufgabenerweiterung handelt. Frau Hunger bittet darum, solche Informationen künftig deutlicher in den Vorlagen herauszustellen.

Herr Becker gibt zu bedenken, dass der Kreis durch die Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren nur gewinnen könne. Bei Auswahl wäre die Stelle über die Förderung finanziert, anderenfalls müsse der Kreis die Kosten selber tragen. Er sehe aber auch Verbesserungsbedarfe im Ablauf und in der Information des Ausschusses. Herr Köppen schließt sich den Ausführungen an.

Frau Löhmann stellt einen geänderten Beschlussvorschlag vor, der Vorsitzende lässt über diesen abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Interessenbekundung beim DLT weiterzuverfolgen und nach Vorabzusage des DLT die beabsichtigte konkrete Beantragung dem Sozialausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich
Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

zu 4.2 Kinderbetreuung im Rahmen eines Integrationskurses in Levo-Park - Übernahme der Mietkosten Vorlage: DrS/2019/012-1

Herr Köppen bemängelt das Vorgehen der Verwaltung, da in der Ursprungsvorlage davon ausgegangen worden sei, dass die Räume mietfrei zur Verfügung stehen würden. Nun über die Kosten nachträglich abstimmen zu lassen sei suboptimal.

Auf Nachfrage von Frau Glage erklärt Herr Giesecke, dass es sich um ca. 140 m² und eine Netto-Kaltmiete von 9,25 € handele. Herr Waldheim fragt nach, mit wie vielen zu betreuenden Kindern gerechnet werde. Herr Giesecke erläutert, dass die Anzahl nicht bekannt sei, da der Kurs erst im September starten würde und noch nicht bekannt sei, wer teilnehmen werde. Weiter teilt Herr Giesecke mit, dass der FB V bereits Untermieter der Räume sei und derzeit ohnehin schon die Kaltmiete gezahlt werde. Unter dem Strich gehe es hier lediglich um die Mehrkosten für die Heizung als Differenz zur Kaltmiete.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, für die Miete der Räume im Levo-Park, die zur Betreuung der Kinder von Teilnehmerinnen und Teilnehmern eines Integrationskurses genutzt werden sollen, für die Zeit vom 01.09.2019 bis 28.02.2020 einen weiteren Betrag in Höhe von bis zu 15.000 € (dann gesamt 28.000 €) zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung soll aus dem Integrationsfestbetrag erfolgen.

Die Verwaltung wird gebeten, im Haushaltsplan 2020 vorsorglich einen Betrag von bis zu 46.000 € zur Fortführung der Maßnahme einzuplanen. Nach Evaluierung des ab September geplanten Kurses wird über die Freigabe dieses Betrages entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4.3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen Vorlage: DrS/2018/199-2

Herr Mann teilt mit, dass sich die CDU-Meinung zu dem Antrag seit der letzten Abstimmung nicht geändert habe. Außerdem gibt er zu bedenken, dass nach dem vorliegenden Beschlussvorschlag jemand mit knapp 3.000 € Bruttoeinkommen (bei einer angenommenen Miete von 850 €) unter die Regelung fallen würde. Er halte dies nicht für soziale Gerechtigkeit und regt eine klare Regelung an.

Herr Pahl verweist darauf, dass eine bundeseinheitliche Regelung getroffen werden müsse. Bis dieses erfolgt sei, müsse der Kreis eine Übergangsregelung treffen, um Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen.

Herr Dr. Schmidt beantragt eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung mit den antragstellenden Fraktionen.

Pause: 19:40 – 19:55 Uhr

Der Vorsitzende trägt einen geänderten Beschlussvorschlag vor und stellt diesen zur Abstimmung:

Beschlussvorschlag:

Die SPD-Fraktion, die WI-SE-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE beantragen, der Sozialausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt die Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen.

Antragsberechtigt sind Personen, die entsprechend der Altersgrenze von § 24a Abs. 2 S.1 SGB V keinen Anspruch auf Kostenerstattung durch die Krankenkasse haben, einen Wohnsitz im Kreis Segeberg haben und folgende Voraussetzungen erfüllen:

a) Laufender Bezug unterhaltssichernder Leistungen nach dem SGB II oder
b) laufender Bezug unterhaltssichernder Leistungen nach dem SGB XII oder

c) laufender Bezug unterhaltssichernder Leistungen nach dem AsylBLG oder
d) laufender Bezug von Leistungen nach § 6a BKKG oder
e) laufender Bezug von Leistungen nach BAFöG oder
f) laufender Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder
g) laufender Bezug von Wohngeld oder
h) geringes Einkommen

Für die Ermittlung von „geringem Einkommen" wird auf die §§ 35 und 82 SGB XII verwiesen sowie ein pauschaler Aufschlag von 10 % berücksichtigt.

Die mit Sperrvermerk versehenen Mittel werden in Höhe von 30.000 € freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich
Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

zu 4.4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD im Segeberger Kreistag: Fairtrade-Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2019/139

zu 6 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt:

TOP 5.1
Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit den nachfolgend genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Leistungen der Schuldnerberatung für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

a) Region Nord: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
b) Region Ost: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
c) Region West: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
d) Norderstedt: Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein gGmbH.

TOP 5.2
Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Träger Diakonisches Werk Altholstein GmbH Verträge über die Erbringung folgender sozialen Beratungsleistungen abzuschließen:

a) Wohnungsnotlagenberatung für die Zeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2025
b) Wohnkompetenztraining und Wohnungsakquise für Menschen mit Migrationshintergrund für die Zeit vom 01.01.2020 bis zum 30.06.2022.

TOP 5.3

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Verträge mit den nachfolgend genannten Trägern über die Erbringung der Dienstleistung "Front Office" an Beratungsstandorten für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

- Betrieb eines Front Office Region Nord - Bad Bramstedt: Therapiehilfe e.V.
- Betrieb eines Front Office Region West - Kaltenkirchen: Landesverein für Innere Mission Schleswig-Holstein.

zu 7 Berichte der Verwaltung

zu 7.1 Schlüsselkennzahlenbericht I/2019 Vorlage: DrS/2019/086

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, sich in einer der nächsten Sitzungen mit den Schlüsselkennzahlen und Toleranzen auf Grundlage der neuen strategischen Ziele zu befassen.

zu 7.2 Ergebnisse aus Jugend im Kreistag Vorlage: DrS/2019/099

Herr Pohlmann trägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss sich darauf verständigt habe, dass der Hauptausschuss die Vorlagen in die jeweiligen Fachausschüsse verweisen solle und diese dort nach der Sommerpause beraten werden. Die Fraktionen könnten bis dahin Anträge erarbeiten.

Frau Glage teilt mit, dass sie einen Bericht der Verwaltung erwartet hätte, wie die Veranstaltung Jugend im Kreistag verlaufen sei.

Der Ausschuss zeigt sich mit dem von Herrn Pohlmann vorgetragenen Vorgehen einverstanden.

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 Informationen und Anfragen

Frau Löhmann berichtet, dass es Gespräche mit der Uni Lübeck zum neuen Pflegestudium gegeben habe. Es seien Kooperationen mit den Pflegeeinrichtungen gewünscht, diesen stünden die Wohlfahrtsverbände nach ersten Gesprächen offen gegenüber.

Der OVG habe in seiner Sitzung am 3.6. über die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung beraten. Es sei ein Prüfauftrag an die Verwaltung erfolgt zur Einrichtung einer Stelle für eine Gemeindeschwester. Hierfür müsse ein Kooperationspartner gefunden werden.

Frau Löhmann erinnert an den Termin zur Integrierten Sozialplanung am 26.6.

Herr Giesecke teilt mit, dass die schriftliche Begründung der Entscheidung des Bundesozialgerichtes zum schlüssigen Konzept vorliege. Nach erster Einschätzung hat diese lediglich Auswirkung auf das Konzept von 2011. Die nachfolgenden Konzepte dürften bei Umsetzung einiger Umformulierungen Bestand haben.

zu 8.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Dr. Schmidt kündigt an, dass die September-Sitzung des Sozialausschusses in der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf stattfinden solle.

Frau Löhmann nennt die Themen für die Sitzung am 22.8.

- Arbeit des Pflegestützpunktes
- Rinkieker und Kümmerer
- Arbeit der Hilfeplaner Hilfe zur Pflege
- Kostensteigerung durch Schiedsurteil
- Arbeit der regionalen Pflegekonferenz (Entlassungsmanagement)

zu 9 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Dr. Christopher Schmidt (Ausschussvorsitz)	f.d.R. Frau Krüger (Protokollführung)